



KMU und Politik

Die Förderung des Mittelstands und der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) ist ein zentrales Anliegen der Wahlprogramme fast aller Parteien. Trotz der breiten Erkenntnis, dass die KMU das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden und entsprechend gestärkt werden sollten, sind ihnen in den letzten Jahren weitere neue Bürden aufgeladen worden. Administrative Belastungen, höhere Steuern- und Abgaben, neue Umweltauflagen usw. belasten unsere KMU übermässig. Eine echte Förderung erfordert vor allem die Ausmistung bürokratischer Hindernisse, die Schaffung günstiger steuerlicher Rahmenbedingungen sowie die Anbindung an die Anstrengungen zur Stärkung des Bildungs- und Forschungssystems. Die vorliegende Ausgabe dossierpolitik gibt einen Überblick über die zahlreichen Massnahmen einer wachstumsfreundlichen Wirtschafts- und KMU-Politik.

Die KMU – das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft

Die Wirtschaftspolitik muss bessere Rahmenbedingungen für KMU schaffen

Vor den Parlamentswahlen hat die Lobpreisung der Klein- und Mittelbetriebe Hochkonjunktur. Den KMU wird in sämtlichen Wahlplattformen wohlwollend gehuldigt. Sie gelten insbesondere als wichtiger Schlüssel zur Überwindung der gegenwärtigen Rezession. Auch der Bundesrat hat seine KMU-Politik im Mai dieses Jahres präsentiert und ortet in diversen Bereichen Handlungsbedarf.

Klein- und Mittelbetriebe nehmen seit jeher einen grossen Stellenwert in der Schweizer Wirtschaft ein. Die vergangenen Jahre sind aber nicht zugunsten der KMU verlaufen. Dem viel gerühmten Rückgrat der Wirtschaft sind ständig neue Bürden aufgeladen worden. Indikativ dafür ist die Tatsache, dass sich ihr administrativer Aufwand seit 1985 nahezu verdoppelt hat. Mussten KMU 1985 noch 30 Stunden pro Monat dafür aufwenden, macht dieser Aufwand nun bereits 55 Stunden pro Monat aus. Auch in der Studie der Weltbank (2002), welche die Hemmnisse in Form von Gesetzen und Erfordernissen bei Firmengründungen in 75 Ländern unter die Lupe nimmt, schneidet die Schweiz besonders schlecht ab.

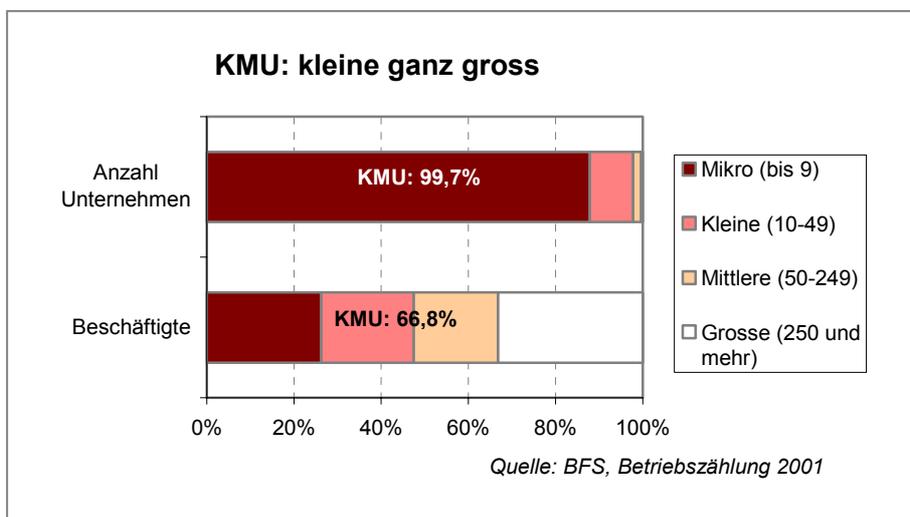
Rückgrat der Schweizer Wirtschaft

Die KMU umfassen einen Grossteil der Schweizer Wirtschaft. Gemäss der Betriebszählung aus dem Jahre 2001 waren 99,7 Prozent der marktwirtschaftlichen Unterneh-

men Klein- und Mittelbetriebe, das heisst Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten (siehe Grafik unten). In den KMU arbeiteten rund zwei Drittel der insgesamt 3,6 Millionen Beschäftigten (3,1 Millionen in Vollzeitäquivalenten). Die KMU tragen zu rund 60 Prozent des schweizerischen Bruttoinlandprodukts bei und bieten gut 70 Prozent der Ausbildungsplätze an. 88 Prozent aller Unternehmen sind sogar so genannte Mikro-Unternehmen, welche weniger als zehn Personen beschäftigen. Gut ein Viertel der Beschäftigten in der Schweiz sind für Mikro-Unternehmen tätig.

Da die KMU deutlich weniger in den internationalen Handel integriert sind, machen sie die zyklischen Schwankungen, welche von der Aussenwirtschaft ausgehen, weniger mit. Ihre Beschäftigungspolitik vermochte daher bisher die Beschäftigungslage der Schweiz zu stabilisieren. Während KMU zwischen 1991 und 1998 etwas mehr Leute beschäftigten, bauten die Grossunternehmen ihre Belegschaft in diesen wirtschaftlich schwierigen Jahren um über einen Fünftel ab. Diese Entwicklung ist in der Boomphase nach 1998 bis 2001 wieder korrigiert worden. Zwischen 1998 und 2001 ist die Beschäftigung in Grossunternehmen wieder deutlich ausgebaut worden, so dass sie 2001 wieder höher lag als 1991 (siehe Grafik Seite 2).

Die Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft setzt sich in der Schweiz fort: 1985 waren noch 62 Prozent im dritten Sektor beschäftigt. Dieser stieg bis 2001 auf 72 Prozent. Diese Tertialisierung der Wirtschaft kommt vor allem den Mikro-Unternehmen zugute, da ihr Anteil im Dienstleistungssektor grösser ist als im Sekundärsektor. Bezogen auf Branchen nehmen KMU vor allem im Bausektor und im Gastgewerbe eine überragende Stellung ein, wogegen im Kredit- und Versicherungsgewerbe und in der Chemie Grossunternehmen dominieren (siehe Grafik Seite 3).



Die KMU-Politik des Bundesrats

Der Bund legt den Akzent seiner KMU-Politik zu Recht auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen und weniger auf Finanzhilfen oder Subventionen – dies im Gegensatz zu anderen OECD-Staaten. Wichtigste Bestandteile der Bundespolitik sind Informationen zugunsten der KMU, Verbesserungen im administrativen Bereich, Förderung der Innovation und des Risikokapitals sowie Unterstützung bei der Erschliessung neuer Märkte. Dazu wurden die folgenden Institutionen aufgebaut:

- > „Task Force KMU“ (www.kmuinfo.ch): Diese stellt übers Internet zahlreiche Informationen für und über KMU zur Verfügung. Die Informationen umfassen praktische Fragen zum Arbeitsrecht, Steuern, Mehrwertsteuern, Sozialversicherungen sowie die aktuellsten politischen Entscheide des Bundesrats.
- > *KMU-Forum*: 1999 hat das Volkswirtschaftsdepartement im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) das KMU-Forum eingerichtet. Dieses prüft in Vernehmlassungsverfahren die KMU-Verträglichkeit von Bundesgesetzen und Bundesverordnungen. Das Ziel ist es, den weiteren Aufbau von administrativen Hürden zu verhindern bzw. bestehende Belastungen abzubauen.
- > Im Rahmen der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften soll der Zugang für kleinere Betriebe zu Bankkrediten erleichtert werden.
- > Das *Start-up-Programm* der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) unterstützt die Gründung von Unternehmen, die aus dem schweizerischen Forschungs- und Bildungssystem hervorgehen. Sie leistet auch Beiträge an Projekte der angewandten Forschung, sofern sie mit einem Hochschulpartner durchgeführt werden. Ziel ist die Förderung der Innovation

und des Technologietransfers.

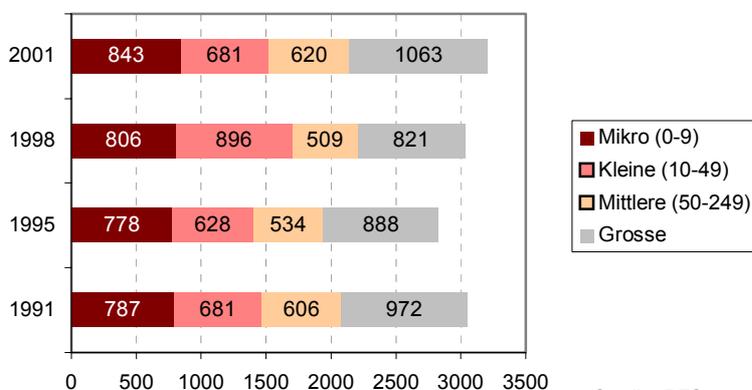
- > Für Jungunternehmer, die im Rahmen der CTI-Start-up-Plattform (Kommission für Technologie und Innovation) betreut werden, bietet der im Mai gegründete Verein *CTI Investor Association* eine Plattform, die neben dem Austausch von Management-Wissen auch den Zugang zu Kapital (SEED- und Early-Stage-Kapital) ermöglicht. Die Vereinsmitglieder sind gehalten, in einem bestimmten Zeitraum in CTI-Start-ups zu investieren.
- > Die Osec unterstützt KMU beim Marktzutritt in ausländischen Märkten.

Wachstumsprobleme der Schweiz

Die Schweiz hat seit den 90er Jahren ein offensichtliches Wachstumsproblem. Der Bundesrat will dieser Wachstumsschwäche mit einem 10-Punkte-Programm begegnen, in welchem die KMU ganz oben auf der Prioritätenliste stehen: Die Rahmenbedingungen sollen generell verbessert werden. Von zentraler Bedeutung für KMU sind:

- > verbesserte Rahmenbedingungen für KMU, insbesondere bezüglich Verwaltung und Steuern.
- > Förderung und Stärkung der Bildung und Forschung und Beschleunigung des Wissens- und Technologietransfers. Die KMU sollen sowohl von der gestärkten Position der Fachhochschulen als auch von den Leistungen der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) profitieren.
- > Unternehmensfinanzierung: Verbesserungspotenzial in der Unternehmensbesteuerung und beim Bundesgesetz über Risikokapitalgesellschaften.
- > Steuerpolitik: Ausgabenkontrolle und Stabilisierung der Staatsquote, Vereinfachung des Steuersystems.

Beschäftigte nach Grössenklassen
(in Tausend)



Quelle: BFS

Handlungsbedarf zugunsten der KMU

Im Mai dieses Jahres hat das EVD die Broschüre *KMU-Politik* veröffentlicht und darin die speziellen Anliegen und Massnahmen zugunsten der KMU konkretisiert. So wird darin anerkannt, dass administrative Umtriebe durch Steuern oder Sozialversicherungen die Ressourcen eines KMU verhältnismässig stärker belasten als die eines Grossunternehmens. Dieser Aufwand verursacht hohe Fixkosten, die letztlich eine regressive Belastung für KMU zur Folge haben. Sowohl für KMU als auch für Grossunternehmen müssen aber günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die un-

ternehmerische Initiative begünstigen und nicht behindern. Der Bundesrat ortet fünf Themenschwerpunkte:

1. Unternehmensgründung und Unternehmensfinanzierung: Revision des Bundesgesetzes über die Risikokapitalgesellschaften, Optimierung des Bürgschaftswesens, Revision der Optionsbesteuerung, Ausbau des Start-up-Engagements der KTI.
2. Elektronischer Behördenverkehr: elektronische Signatur für eine vereinfachte elektronische Interaktion zwischen Behörden und KMU.
3. Administrative Entlastung: Abrechnung mit Sozialversicherungen und Steuererklärungen in einem Schritt, Ausbau KMU-Verträglichkeitstests, Regulierungs-Monitoring.
4. Exportförderung: einfache und standardisierte Dienstleistungen rund um die Welt für Schweizer KMU.
5. Innovationsförderung: Zugang zu Know-how an den Hochschulen erleichtern, raschere Umsetzung des Wissens in innovative Produkte und Dienstleistungen.

Diese Schwerpunkte der KMU-Politik sind begrüssenswert. Entscheidend ist jedoch nicht die Ankündigung, sondern die effiziente Umsetzung. Auch müssen diese Massnahmen ergänzt werden durch eine allgemeine Wirtschaftspolitik, die ein nachhaltiges Wachstum fördert. Unerlässlich dabei sind Rahmenbedingungen, die dem Unternehmer möglichst viel Freiheit lassen.

Parteien: KMU als Lieblingkinder politischer Rhetorik

Die Mehrheit der politischen Parteien ist sich der Wichtigkeit der KMU für die Schweizer Wirtschaft bewusst. Inwieweit aber die Unterstützung der KMU bloss wahlkampfaktischer Rhetorik dient, wird sich nach Ablauf der neuen

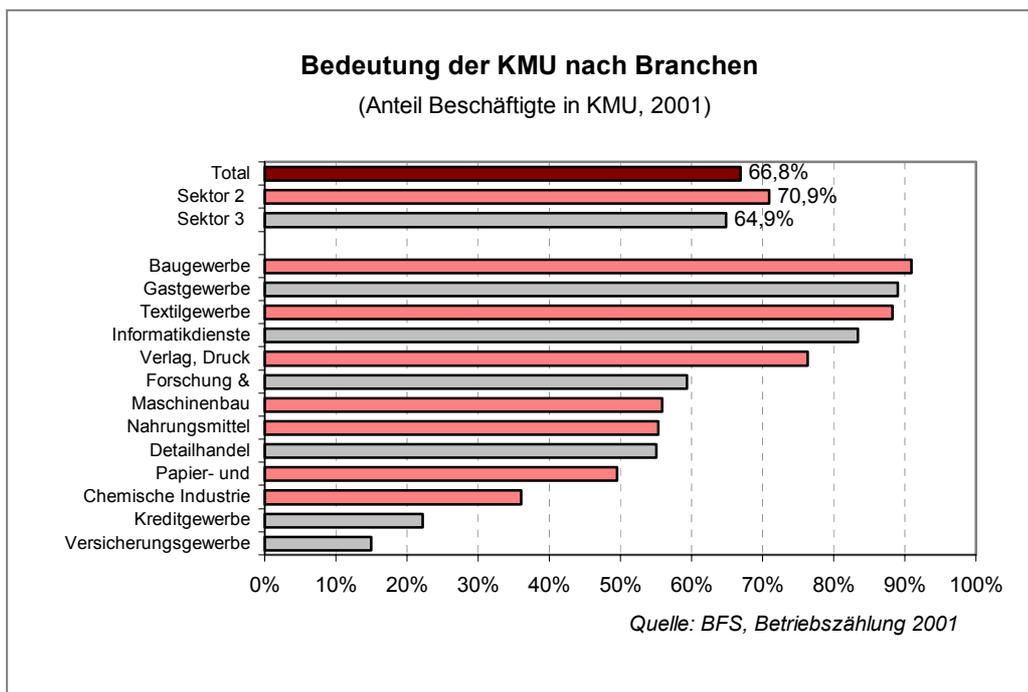
Legislaturperiode weisen. Die Entwicklung der letzten vier Jahre ist nicht zugunsten der KMU verlaufen.

Die bürgerlichen Parteien orten in den verschiedensten Bereichen konkreten Handlungsbedarf. Allgemein wird die Unterstützung der KMU als Teil einer umfassenden Wirtschaftspolitik gesehen, welche die Überwindung der Wachstumskrise zum Ziel hat. Während die SP weiterhin auf mehr Regulierung und Impulsprogramme zur Ankurbelung der Konjunktur setzt, wollen die bürgerlichen Parteien das steuerliche Umfeld und andere Rahmenbedingungen für KMU verbessern. Die konkrete Umsetzung ist je nach Partei unterschiedlich.

- > SVP: In ihrer aktuellen Wahlplattform 2003 bis 2007 präsentiert die Partei konkrete Massnahmen. Ihre KMU-Politik wird vorwiegend auf das Gewerbe und die Tourismusbranche abgestützt. Neben allgemeinen Steuersenkungen und tieferen Lohnnebenkosten verlangt die SVP insbesondere die Verdoppelung der Umsatzgrenze für die Mehrwertsteuerpflicht, referendumsfähige Erlasse bei kantonalen Gebühren und Abgaben, die Befreiung der Betriebe mit weniger als 25 Mitarbeiter von Statistikaufwand, Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts, Erhalt des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie, unbürokratische Kurzzeitbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte in gewissen Branchen.
- > Die FDP verfolgt als allgemeine Leitlinie die Erleichterung von Neugründungen, ein funktionierender Technologietransfer zu den KMU und verbesserte Standortbedingungen für bestehende Unternehmen. Als konkrete Massnahmen fordert sie eine rasche Umsetzung des Kartellgesetzes, keinen aufwändigeren Lohn-

ausweis, One-Stop-Stellen für KMU-Neugründungen, die Aufhebung der Doppelbesteuerung von Gewinnen, eine erleichterte steuerliche Unternehmensnachfolge.

- > Die CVP will die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft erneuern und setzt zur Überwindung der Wachstumsschwäche primär auf die KMU, aber auch auf Forschung und Bildung, auf den Abbau administrativer Hürden und verbesserte Perspektiven für die ländlichen Regionen. Die



KMU sollen unter anderem durch die folgenden Massnahmen gestärkt werden: Halbierung der administrativen Aufwendungen und die forcierte Einführung der elektronischen Verwaltung, Verbesserung der Vollzugsfreundlichkeit der Sozialversicherungsgesetze, Befreiung der Kleinstunternehmen von der Revisionspflicht, flexiblere Abzugsmöglichkeiten für Selbständigerwerbende in der dritten Säule.

Braucht es eine KMU-Politik?

Die Interessen des Dienstleistungssektors, Industriesektors oder der einzelnen Branchen sind sehr unterschiedlich. Ein eigentlich typisches „durchschnittliches“ kleines oder mittleres Unternehmen gibt es nicht, sondern mehrere KMU-Typen mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Problemen prägen unsere Wirtschaftsstruktur. So interessiert sich beispielsweise ein Gastrobetrieb nicht für das Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten, das hingegen für den exportierenden Nahrungsmittelbetrieb von zentraler Bedeutung ist. Oder das erfolgreiche und etablierte High-tech-KMU sorgt sich weniger um die Kreditkonditionen seiner Bank als ein kleines Bauunternehmen.

Diese unterschiedlichen Bedürfnisse und ein unklares Profil machen es der Politik immer wieder leicht, den Anliegen der KMU zwar wortreich zu huldigen, aber ihnen laufend neue Belastungen aufzubürden. Vor allem KMU leiden unter den administrativen Belastungen, höheren Abgaben, neuen Umweltauflagen usw. Bei einem ohnehin schon komplexen steuer-, sozial- und umweltrechtlichen System läuft dieser Prozess weiter.

Dazu nur einige Beispiele aus jüngster Zeit:

- > Ein *neuer Lohnausweis* soll das vertraute Formular von 1973 ersetzen. Zweck der Reform ist eine alle Zahlungen und Naturalleistungen der Arbeitgeberschaft

umfassende Steuerbescheinigung. Darin sollen sämtliche Spesenvergütungen und Lohnnebenleistungen aller Art (fringe benefits) detailliert aufgeführt werden. Die Folge davon wären jedoch horrend hohe administrative Aufwendungen für die Arbeitgeber und vor allem für die KMU.

- > Revision des OR – *Verpflichtung auf Sozialplan*: Betriebe einer bestimmten Grösse, die eine Massenentlassung vornehmen, sollen verpflichtet werden, mit ihrer Belegschaft einen Sozialplan aufzustellen.
- > Die Verordnungen zur *Mehrwertsteuer* umfassen mehr als 2600 Seiten.

Welche Wirtschaftspolitik brauchen unsere KMU? –

Die Position von *economiesuisse*

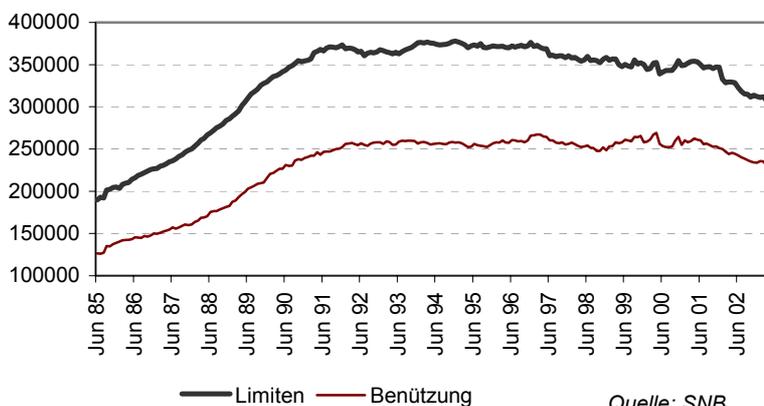
Eine echte Unterstützung der KMU liegt nicht in immer neuen Förderkonstruktionen, Einzelaktionen, Subventionen und Sonderbehandlungen. Was es vielmehr braucht ist eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die allen Unternehmen unabhängig von ihrer Grösse optimale Entfaltungsmöglichkeiten bietet. KMU erwarten vom Staat nicht in erster Linie Hilfe, sondern sie wollen vielmehr nicht belastet werden. Eine gute Wirtschaftspolitik ist immer auch eine gute KMU-Politik. Schwerpunkte dazu sind eine massvolle Steuerpolitik, ein gutes Ausbildungs- und Forschungssystem, an das die KMU angeschlossen sind, sowie ein vernünftiges Regulierungsumfeld. *economiesuisse* schenkt der Unternehmensfinanzierung und der Entbürokratisierung besondere Aufmerksamkeit.

Finanzierung der KMU

Die Finanzierung der KMU bleibt eine Daueraufgabe. Die Banken – und speziell die Grossbanken – sind derzeit wieder verstärkt mit dem Vorwurf konfrontiert, sie geizten gegenüber kleineren und mittleren Unternehmen mit

Kredit. In den letzten Jahren hätten zahlreiche KMU wieder tiefere Kreditlimiten hinnehmen müssen. Tatsächlich weisen die Unternehmenskredite seit 1998 einen rückläufigen Trend auf. Gemäss der Kreditstatistik der Schweizerischen Nationalbank gingen die Limiten der Unternehmenskredite seit 1998 zurück. Parallel zur Konjunktur ist ab Mitte 2001 ein beschleunigter Rückgang der Unternehmenskredite feststellbar. Seit Mai 2001 gingen die gewährten Kreditlimiten aller Banken um rund 13 Prozent zurück. Dabei vergaben vor allem die Grossbanken deutlich weniger Kredite, wogegen der Rück-

Inlandkredite an Unternehmen, in Mio. Fr.
(alle Banken)



Quelle: SNB

gang bei den Kantonalbanken äusserst moderat ausfiel (minus ein Prozent).

Die Finanzmärkte sind in Bewegung und die Kreditvergabe der Banken befindet sich im strukturellen Umbruch. Die Durchsetzung risikogerechter Zinssätze führt teilweise zu einer Bereinigung der Kreditportfolios. Diese Umstellung ist bereits seit Anfang der 90er Jahre spürbar: Ende der 80er Jahre nahmen die Unternehmenskredite markant zu. So führte die teilweise sorglose und auf Volumen ausgerichtete Kreditvergabe der Banken Ende der 80er Jahre – verstärkt durch die Immobilienkrise – zu einem hohen Rückstellungs- und Abschreibungsbedarf. In der Folge haben die Schweizer Banken ihr Kreditgeschäft professionalisiert und auf ein moderneres und leistungsfähigeres Rating-System umgestellt, welches die Firmenkunden nach Massgabe ihrer Risikosituation einstuft und entsprechend auch die Zinssätze differenziert. Parallel dazu glitt die Wirtschaft in eine Rezession, so dass ab 1992 das zuvor starke Wachstum im Kreditgeschäft einbrach. Von 1992 bis 1998 nahmen die Volumina nur noch geringfügig zu. Seit Mitte 2001 nehmen die Unternehmenskredite in allen Branchen wieder ab.

Da Klein- und Mittelbetriebe sich stärker über Bankkredite finanzieren als Grossunternehmen ist die detaillierte Aufgliederung nach Unternehmensgrösse besonders interessant. Die Schweizerische Nationalbank weist für den Zeitraum ab Januar 2002 nun neu auch eine detaillierte Kreditstatistik nach Unternehmensgrösse aus (siehe Grafik unten). Für Klein- und Mittelbetriebe wurden die Kreditlimiten seither um 6,8 Prozent zurückgefahren, die tatsächliche Benützung ging etwas weniger stark zurück (minus 5,8 Prozent). Dabei verlief die Entwicklung je nach Unternehmensgrösse unterschiedlich: Besonders markant gingen die Kreditlimiten an KMU mit 10 bis 49 Beschäftigten sowie an grosse Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten zurück (rund minus zehn Prozent), wogegen die Mikro-Unternehmen und die mittleren Unternehmen weniger betroffen waren.

Für die Grossbanken zählt die Kreditvergabe an Firmen nach wie vor zum Kerngeschäft. Dies wird darin bestätigt, dass ein Grossteil der Unternehmen weiterhin Kreditbeziehungen zu den beiden Grossbanken unterhält. Für KMU sind die Grossbanken nach wie vor die stärksten Partner. Das gesamte bewilligte Kreditvolumen für KMU betrug im April 2003 257 Mrd. Franken. Davon wurden 44 Prozent der KMU-Kredite von den Grossbanken gewährt, 37 Prozent von den Kantonalbanken. Das grösste Volumen der Firmenkundenkredite fällt auf die Mikro-Unternehmen (52 Prozent). Während die Grossbanken bei den Mikro-Unternehmen und den grösseren KMU Marktführer sind, dominieren im mittleren Bereich (10 bis 49 Mitarbeiter) die Kantonalbanken. Insgesamt gewinnen die Kantonalbanken leicht an Bedeutung – ihre Kreditlimiten blieben seit 1999 praktisch unverändert und sie haben ihren Marktanteil im inländischen Kreditgeschäft an alle Unternehmen auf knapp 35 Prozent ausgebaut.

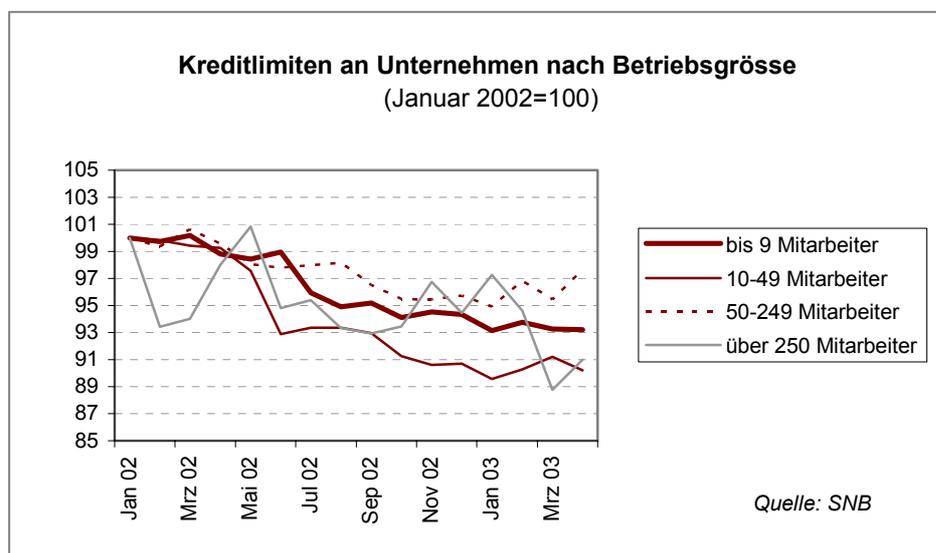
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Entwicklung der gewährten Kreditlimiten sowohl durch angebots- als auch nachfrageseitige Faktoren bestimmt wird. In einer schwachen Wirtschaftslage nimmt die Kreditnachfrage jeweils deutlich ab. Dienstleister benötigen überdies weniger Kapital und kommen mit weniger Kreditmitteln aus. Eine gewisse Substitution der traditionellen Bankkredite durch andere Finanzierungsmöglichkeiten ist auch denkbar. Angebotsseitig spielt das veränderte, das heisst risikobewusste Kreditverhalten der Banken eine Rolle. Wichtig bleibt auch in Zukunft ein funktionierender Wettbewerb im Bankensektor, um eine gute Kapitalallokation zu gewährleisten.

Basel II – die Schweiz ist gut vorbereitet

Um Kreditinstitute allgemein besser gegen Zahlungsausfälle zu wappnen, erarbeitete der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Eigenkapitalanforderungen. Die Basel-II-Richtlinien sollen Anfang 2007 die bisherigen Regeln ablösen. Mit den neuen Regeln sollen die Kredite künftig nicht

mehr pauschal mit Eigenkapital hinterlegt werden. Stattdessen werden die Sätze entsprechend der Ausfallwahrscheinlichkeit variieren. Je grösser das Risiko einzelner Kredite ist, desto höher müssen die Kreditzinsen sein. Kunden mit schlechter Bonität müssen daher höhere Kreditkosten berappen.

Da mittelständische Unternehmen weitaus stärker auf Bankkredite angewiesen sind als grosse Unternehmen, erhält diese



Regelung für sie besondere Bedeutung.

Gemäss einer Studie der KPMG und der Universität St.Gallen werden die vorgeschlagenen neuen Prinzipien für die Bankenregulierung künftig nicht zu wesentlichen Änderungen in der Kreditvergabepraxis führen, weil die Banken die notwendigen Anpassungen bereits vollzogen haben. Dies im Gegensatz etwa zu Deutschland und Österreich. Allerdings beklagen in der Studie zahlreiche Betriebe den bürokratischen Mehraufwand infolge des Rating-Verfahrens. Negativ bewertet wurden vor allem der erhöhte Zeitaufwand und die formalistischere Vorgehensweise der Banken. Doch nur wenige, das heisst 17 Prozent der Unternehmer gaben an, dass der Zinssatz nach der Bonitätseinstufung gestiegen sei; bei 38 Prozent blieb er gleich und bei 45 Prozent ist er gar gesunken. Die Studie (KPMG, 2002: „Ein gutes Rating ist wie die Gesundheit – man wird erst bei einer Verschlechterung darauf aufmerksam“) schlägt den Unternehmen vor, die Geschäftsbeziehungen zu den Banken selber zu verbessern und sich aktiv am Rating-Prozess zu beteiligen, da sich die Beurteilung der Bonität unmittelbar auf den Fremdkapitalzinssatz auswirkt. Dazu brauche es eine offensivere Informationspolitik seitens der Unternehmer. Finanzinformationen sollen zeitnah und transparent aufgearbeitet werden. Die Banken gehen davon aus, dass das neue System schliesslich Vorteile für alle Beteiligten bringen werde („win-win-Situation“).

Dank dieser frühzeitigen Umstellung auf Basel II ist nicht zu befürchten, dass sich die Kreditpraxis in Zukunft noch verschärfen wird. Die notwendigen Anpassungen an Basel II sind bereits weitgehend vorweggenommen worden. Es ist aber damit zu rechnen, dass sich infolge der Veränderungen im Finanzsektor neben der Kreditfinanzierung neue Finanzierungsplattformen an Bedeutung gewinnen werden. Kapitalbeteiligung, Leasing, Factoring und Franchising sind Finanzierungsformen, von denen auch KMU vermehrt Nutzen ziehen dürften. Für die Eigenkapitalausstattung von KMU zentral ist und bleibt jedoch die Steuerpolitik.

Neue Wege nach Basel II

Die Finanzmärkte werden sich auch nach den Anpassungen von Basel II weiter verändern und entwickeln. Ein verstärkter Wettbewerb führt bei den Banken zu einer grösseren Sensibilität bezüglich der Eigenkapitalverzinsung. Dies hat Auswirkungen auf die Kreditvergabe. Finanzinnovationen eröffnen nun Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung, wovon die KMU letztlich profitieren könnten. Dazu zählen beispielsweise „Asset Backed Securities“ (ABS) sowie hybride Finanzierungsformen (Mezzanine Finance). Mit der Securitisation wird die klassische Bankkreditfinanzierung ersetzt durch die Kreditverbriefung. Konkret veräussert eine Bank (als Originator) Teile seiner Forderungen

an eine Zweckgesellschaft. Diese refinanziert sich durch die Emission von Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt. Dabei wird der Forderungspool in Tranchen mit unterschiedlicher Verlustwahrscheinlichkeit aufgeteilt (z.B. AAA-Tranchen und Mezzanine-Tranchen). Bei einem „True Sale-ABS“ verkauft die Bank die Forderungen an die Zweckgesellschaft, bei der synthetischen Verbriefung wird lediglich das Ausfallrisiko über Kreditderivate verbrieft. Die Vorteile der Securitisation liegen für die Bank in der Eigenkapitalentlastung auf dem existierenden Kreditbestand, so dass die Neuvergabe von Krediten erleichtert wird. Weitere Vorteile liegen in der Risikodiversifizierung und verbesserten Refinanzierungskonditionen. Die synthetischen Verbriefer weisen dabei eine grössere Flexibilität auf und beeinträchtigen nicht das Kreditverhältnis zwischen Bank und Kunde.

Asset Securitisation ist eine relativ neue, innovative Finanzierungsform, welche in den USA begonnen hat und nun auch in Europa an Bedeutung gewinnt. In den USA wurden erste Verbriefer von Hypothekarforderungen (Mortgage-backed-Securities) bereits in den 70er Jahren durchgeführt. In der Schweiz können die ABS seit 1997 an der Börse kotiert werden. Im Jahr 2000 hat die UBS als erste Schweizer Bank einen Teil ihrer Kreditrisiken auf Schweizer Unternehmenskrediten verbrieft (synthetische Verbriefung) und handelbar gemacht.

Die Bedeutung des Mezzanine-Kapitals hat in den letzten Jahren zugenommen. Mezzanine-Kapital dient dem vorrangigen Fremdkapital als zusätzliches Haftungssubstrat, so dass ein entsprechender Kredit mit weniger Eigenkapital unterlegt werden muss.

Diese neuen Formen der Finanzierung vermögen eine breitere Grundlage für die Unternehmensfinanzierung zu schaffen und führen zu einer Erhöhung der Kapitalmarkteffizienz.

Steuerpolitik

Die Steuerpolitik muss über weitere Entlastungen dafür sorgen, dass der Mittelstand aus eigener Kraft zu einer besseren Eigenkapitalbasis kommt, um damit Innovationsrisiken eingehen zu können. Im internationalen Vergleich verfügen die Schweizer Klein- und Mittelbetriebe über eine eher dünne Eigenkapitalbasis. Steuerliche Entlastungen sind ein geeignetes Mittel und notwendig für eine verbesserte Eigenkapitalbasis. Nur dann können sie Innovationsrisiken eingehen. Es ist daher wenig verständlich, wenn Regierung und Teile des Parlaments sich gegen eine weitere Unternehmenssteuerreform wenden, gleichzeitig aber für gezielte und damit notwendigerweise wettbewerbsverzerrende Fördermassnahmen plädieren.

Entlastung vom Bürokratieaufwand

KMU sind von den staatlichen Regulierungen besonders betroffen. Inhabern oder Geschäftsleitern stehen keine Stabsstellen zur Verfügung, an welche sie die Erledigung des Papierkrams delegieren können. Besonders stark nehmen die administrativen Belastungen in folgenden Bereichen zu: Bau- und Umweltrecht, Raumplanungsrecht, Sozial-, Finanz- und Steuerbereich.

Es droht die Gefahr, dass die in der Gesetzgebung eingeführte KMU-Verträglichkeitsprüfung zu einer reinen Pflichtübung verkommt. Entscheidend ist, dass der Entlastungsprozess einmal mit einem konkreten Projekt beginnt, indem z.B. die Formulare im Sozialbereich vereinfacht werden oder ein einheitliches Formular für die Gründungsanmeldung eingeführt wird. Gewisse konkrete Aktionen zeichnen sich nun erfreulicherweise ab. Besonders hervorzuheben sind die geplante Vereinfachung der Mehrwertsteuer sowie eine einfachere Abrechnung mit den Sozialversicherungen.

Schlussfolgerungen

In einer globalisierten und sich schnell wandelnden Weltwirtschaft brauchen mittelständische Unternehmen und junge Unternehmensgründer mehr denn je Freiraum für ihr Handeln und die Aussicht auf ausreichende Gewinne, die sie heute nicht haben. Dann kann Eigenkapital gebildet werden und steht Wagniskapital bereit. Nur so entfaltet sich die Innovationskraft, die unser Land braucht, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Wirtschaftliche Strukturen beeinflussen das Potenzialwachstum eines Landes massgeblich, und die wichtigsten Wachstumsdeterminanten sind eng mit der Quantität und Qualität der Produktionsfaktoren verbunden. Aus Sicht von *economiesuisse* brauchen KMU eine Wirtschaftspolitik, welche die Freiräume für eigenverantwortliches Handeln bietet. Dazu braucht es:

- > Eine nachhaltige Sanierung des Haushalts durch Sparen und die Rückführung konsumtiver Staatsausgaben. Eine tiefere Staatsquote setzt Mittel frei für privatwirtschaftliche Investitionen.
- > Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen: die Unternehmenssteuerreform II muss umgesetzt werden. Mit dieser Reform kann die schädliche wirtschaftliche Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne gemildert bzw. eliminiert werden. Die Reform würde per Saldo positive wachstumsstimulierende Effekte bringen. Sie würde ausserdem die Diskriminierung der Anteilsfinanzierung gegenüber der Selbstfinanzierung beseitigen und würde bei KMU die Attraktivität der Kapitalgesellschaft als Rechtsform erhöhen.
- > Bürokratischen Balast abwerfen z.B. durch einfache Formulare im Sozialbereich und die Straffung der Gesetze. Möglich wäre auch, eine knappe Positivliste aller notwendigen Gesetze und Regeln zu erstellen und den Rest zu streichen.
- > Unterstützung der Jungunternehmer: Neuregelung der Optionsbesteuerung, die vor allem für Start-ups und Spin-offs wichtig ist.
- > Stärkung der Berufsbildung, der Tertiärausbildung sowie der Forschungsförderungsinstitutionen (Nationalfonds und KTI). Mehr Wettbewerb, vor allem auf der Tertiärstufe, sowie unbürokratische Vernetzungen von F+E zwischen Hochschulen und Unternehmen vermögen das Bildungs- und Forschungssystem zu stärken. Die Planung und Mittelallokation im Wissenschaftssystem weisen leider immer noch erhebliche Defekte auf. BL

> **Rückfragen:** brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch
rudolf.walser@economiesuisse.ch